



Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

28. März 2022

Äthiopien

Äthiopische Regierung erklärt humanitären Waffenstillstand

Fast eineinhalb Jahre nach Beginn des bewaffneten Konflikts im Regionalstaat Tigray (vgl. BN v. 09.11.20) hat die äthiopische Regierung am 24.03.22 einen sofortigen „humanitären Waffenstillstand“ verkündet, der die Versorgung der örtlichen Bevölkerung ermöglichen soll. Nach Angaben des Welternährungsprogramms (WFP) sind in Tigray und den von Kämpfen ebenfalls betroffenen benachbarten Regionalstaaten Amhara und Afar rd. neun Mio. Menschen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Hilfsgüter erreichten seit dem Abzug der äthiopischen Armee aus Tigray Ende Juni 2021 nur sehr sporadisch Tigray. In dem Regionalstaat benötigt nach Schätzung der UN etwa 90 % der Bevölkerung externe Unterstützung (vgl. BN v. 31.01.22). Einige Hilfskonvois wurden angegriffen und geplündert, andere erhielten nicht die erforderliche Genehmigung zur Weiterfahrt. Premierminister Abiy wurde vorgeworfen, eine de facto Blockade Tigrays errichtet zu haben.

Die Regionalregierung in Tigray, die Tigray People’s Liberation Front (TPLF), stimmte der Waffenruhe zu und kündigte an, die Kampfhandlungen umgehend einzustellen. Offen ist derzeit noch, ob die bewaffneten Verbände der TPLF, der Aufforderung der äthiopischen Regierung, sich aus den von ihr zurzeit noch besetzten Gebieten, insbesondere in Afar, zurückzuziehen, folgen werden. Unklar ist auch, ob der angekündigte Waffenstillstand Basis für ein dauerhaftes Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen sein kann. Bereits im Juni 2021 hatte die Regierung nach heftigen Kämpfen mit der TDF und ihrem Rückzug aus Tigray einen einseitigen Waffenstillstand verkündet. Die Waffenruhe hielt jedoch nur wenige Wochen (vgl. BN v. 19.07.21).

HRW: Äthiopien muss Luftangriff auf Flüchtlingslager untersuchen

Nach einer am 24.03.22 veröffentlichten Erklärung von Human Rights Watch (HRW) könnte es sich bei dem Luftangriff der äthiopischen Armee auf ein Flüchtlingslager in Tigray am 07.01.22 um ein Kriegsverbrechen handeln. Bei dem Angriff auf ein Schulgelände, auf dem Tausende vertriebene Menschen Zuflucht gesucht hatten, waren mindestens 57 Zivilistinnen und Zivilisten, darunter 15 Kinder, getötet worden (vgl. BN v. 10.01.22). Für die Behauptung der äthiopischen Regierung, der Drohnenangriff habe militärische Ziele gehabt, fand HRW keine Hinweise und rief die Regierung dazu auf, den Vorfall zu untersuchen und die Verantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen.

Afghanistan

Verfolgungslage

Ein neuer Report von Amnesty International vom 21.03.22 weist auf willkürliche Gewalt und Verhaftungen durch die Taliban hin. Im Januar und Februar 2022 seien mindestens 60 Personen, unter ihnen auch Kinder, willkürlich verhaftet worden. Besonders betroffen sind protestierende Frauen, ehemalige Politiker und

Regierungsmitarbeitende sowie Journalistinnen und Journalisten. Wahrscheinlich seien weit mehr Personen betroffen, da die Medienberichterstattung stark eingeschränkt ist. Am 24.03.22 haben die regionalen Tugendministerien der Taliban in den Provinzen Bamiyan und Balkh offizielle Dekrete erlassen, welche Frauen, die keine Vollverschleierung (Burka) tragen, das Betreten von Regierungsgebäuden untersagen. In Bamiyan dürften männliche Beamte ihre Bärte nicht rasieren und müssten bei der Arbeit einen Turban tragen. Zuvor waren diese Vorschriften nur inoffiziell gültig. Wer dem zuwider handele, müsse mit schweren Konsequenzen rechnen.

Bildung für Mädchen wird weiterhin blockiert

Trotz der Ankündigungen der Taliban, dass Mädchen ab der sechsten Klasse mit Beginn des neuen Schuljahres am 22.03.22 wieder zur Schule gehen dürfen, sind die meisten weiterführenden Schulen für Mädchen geschlossen geblieben. Laut der staatlichen Nachrichtenagentur Bakhtar müssen von den Taliban noch Pläne für den Unterricht in Übereinstimmung mit islamischem Recht und der afghanischen Kultur erarbeitet werden. In vielen Provinzen gab es sporadische Eröffnungen, jedoch wurden die Mädchen oft nach wenigen Stunden ohne weitere Erklärungen wieder nach Hause geschickt. Der UN-Sicherheitsrat tagte am 25.03.22 zum weiteren Bildungsverbot für Mädchen. Zehn Länder verlasen im Anschluss ein gemeinsames Statement welches die Aufhebung des Verbotes fordert. Am 26.03.22 gab es Proteste von Frauen und Mädchen in Kabul gegen das weitere Bildungsverbot.

Aserbaidshen

Karabach-Konflikt

Am 26.03.22 erklärte das russische Verteidigungsministerium, aserbaidshenische Streitkräfte seien in den Verantwortungsbereich der von Russland entsandten Friedenstruppen in Karabach eingedrungen und hätten insbesondere vier Drohnenangriffe nahe des Ortes Furuch durchgeführt. Die international nicht anerkannte „Republik Arzach“, die Teile Karabachs kontrolliert, verhängte das Kriegsrecht. Am 27.03.22 stellte das russische Verteidigungsministerium den Abzug aserbaidshenischer Kräfte aus Furuch fest. Russland überwacht durch Friedenstruppen den Waffenstillstand in Karabach. Diese wurden im Rahmen eines trilateralen Abkommens zwischen Armenien, Aserbaidshen und Russland vorgesehen. Die aserbaidshenische Seite dementierte eine Verletzung des Waffenstillstandsabkommens und wirft Armenien dessen Verletzung vor, da die armenische Seite den vollständigen Rückzug ihrer Streitkräfte aus der Konfliktzone nicht sichergestellt habe. Keine der Parteien hat aktuell eine weitere Eskalation gemeldet.

Burkina Faso

Übergangsparlament eingesetzt

Das Übergangsparlament wurde am 22.03.22 eingesetzt. Es wählte Professor Aboubacar Touguéni zu seinem Präsidenten. Das Parlament verfügt über 71 Sitze: 21 für von Übergangspräsident Paul-Henri Sandaogo Damiba ernannte Personen, 16 Sitze für Sicherheitskräfte, 13 für zivilgesellschaftliche Organisationen, acht für politische Parteien und Bewegungen und je einer für die 13 Regionen des Landes.

Tote bei Militäroperation

Wie das Militär am 22.03.22 bekannt gab, wurden bei einer Operation in der Region Est am 20.03.22 mindestens 36 Extremisten getötet oder verwundet. Dabei seien bei Natiaboani 13 Sicherheitskräfte (vgl. BN v. 21.03.22) und bei Napade elf Sicherheitskräfte getötet worden.

DR Kongo

Nord Kivu, Ituri: HRW – Zunahme von Repressionsmaßnahmen seit Ausrufung des Belagerungszustands

Aus dem Bericht „L'état de siège dans l'est du pays est accompagné de répression“ von Human Rights Watch (HRW) vom 22.02.22 geht u.a. hervor, dass in den Ostprovinzen Nord-Kivu und Ituri seit der Inkraftsetzung des Belagerungszustandes im Mai 2021 sowohl Repressalien, als auch die Unterdrückung der Rechte auf

Meinungsäußerungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit durch die mit exekutiven (Sonder-)Eingriffsbefugnissen ausgestatteten Militär- und Polizeikräfte zugenommen haben. Medienschaffende, Aktivistinnen und Aktivisten sowie regierungskritische Personen sind von willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen sowie Strafverfolgung betroffen. Polizei- und Streitkräfte wenden übermäßige Gewalt bei der Auflösung von friedlichen Demonstrationen an. Die Militärjustiz, der die zivile Strafgerichtsbarkeit übertragen wurde, ist überlastet und überfordert. Die Militärjustiz ist laut einem von HRW zitierten Anwalt in Ituri ein Instrument zur Unterdrückung, die Militärstaatsanwalt unterliege der Einflussnahme durch die Militärbehörden. Laut dem von HRW zitierten Jahresbericht 2021 des Gemeinsamen UN-Menschenrechtsbüro in der DR Kongo (UNJHRO) haben seit Inkraftsetzung des Belagerungszustandes Gefängnisüberbelegungen und Untersuchungshaftzahlen zugenommen.

UN: Verschärfung der humanitären Krise und Sicherheitslage in den östlichen Konfliktprovinzen

Unter Bezugnahme auf Generalmajor Benoit Chavanat, Vize-Kommandeur der Truppen der UN-Stabilisierungsmission in der DR Kongo (MONUSCO), berichtete Radio France International am 24.03.22 über eine Verschlechterung der Sicherheitslage in den seit Mai 2021 unter Belagerung stehenden Provinzen Nord-Kivu und Ituri. Auch sei eine Zunahme von Einsätzen von Kinderkombattanten aufseiten bewaffneter Gruppen zu beobachten. Edouard Beigbeder, UNICEF-Repräsentant in der DR Kongo, zufolge sind seit 2017 17.500 Kinderkombattanten befreit worden, was aber nur die „Spitze des Eisberges“ bilde. Laut Bruno Lemarquis, stellvertretender Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs und residierender Koordinator in der DR Kongo, ist die humanitäre Lage in den (nicht näher benannten) östlichen Krisenprovinzen weiter besorgniserregend.

El Salvador

Über 60 Tötungsdelikte an einem Tag, Ausnahmezustand verhängt

Am 26.03.22 sind insgesamt 62 Personen getötet worden. Die Zahl der Tötungsdelikte liegt damit im März 2022 mit 148 offiziell registrierten Taten (Stand: 26.03.22) bereits deutlich über denen der beiden Vormonate. Experten thematisieren in Zusammenhang mit diesem Gewaltanstieg ein mögliches Ende des regierungsseitig stets bestrittenen „Deals“ zwischen den großen Banden (maras) des Landes und der Regierung. Am 27.03.22 ist auf Antrag von Präsident Bukele für 30 Tage der Ausnahmezustand verhängt worden. Diese Maßnahme suspendiert zahlreiche verfassungsgemäß garantierte Rechte, darunter das Verbot der Überwachung des Telekommunikationsverkehrs ohne richterliche Anordnung und die Höchstdauer der Inhaftierung von 72 Stunden bis zur Vorführung vor einen Richter nach Festnahme.

Gambia

Weiteres Todesurteil ausgesprochen

Der Angeklagte Pateh Jallow ist mit Urteil des High Court in Basse vom 23.02.22 anklagegemäß wegen Mordes schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt worden. Unter Berufung auf die Gesetzeslage sprechen Gerichte immer wieder Todesurteile aus. Seit Februar 2018 gilt in Gambia ein De-facto-Hinrichtungsmoratorium, ohne Anzeichen für dessen Aufhebung. Die letzte Vollstreckung einer Todesstrafe fand im Jahr 2012 statt.

Irak

Präsidentenwahl zunächst gescheitert

Am 26.03.22 sollte vom Parlament ein neuer Präsident gewählt werden. Dieser ist im Irak Staatsoberhaupt, aber nicht Regierungschef, auch wenn er mehrere wichtige Funktionen ausübt, z.B. müssen Todesurteile durch ihn bestätigt werden. Es muss sich nach der irakischen Verfassung um einen Kurden handeln. Die Parlamentssitzung erfüllte nicht das notwendige Quorum, mehrere Parteien waren vollständig ferngeblieben, sodass für den 30.03.22 ein erneuter Wahlgang geplant ist. Nach der gescheiterten Wahl wurde ein Lebensmittelsoforthilfepaket verabschiedet, welches die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine für die irakische Bevölkerung abmildern soll.

Iran

Verurteilung eines Journalisten

Laut Berichten von Auslandsmedien sei ein Journalist und Bürgerrechtler aus der Provinz Bushehr zu einer Gefängnisstrafe von 20 Jahren sowie einer Geldstrafe von 15 Mio. IRR (ca. 520 EUR, Stand: 28.03.22) verurteilt worden. Der Mann sei aufgrund mehrerer Anklagepunkte, u.a. Propaganda gegen das System, Beleidigung heiliger islamischer Werte und des Revolutionsführers sowie wegen Verbreitung von Lügen und Erregung öffentlichen Ärgernisses, zu insgesamt 20 Jahren Haft und der genannten Geldstrafe verurteilt worden. Der Journalist wurde bereits im Jahr 2019 kurzzeitig festgenommen und gegen eine Kautionszahlung vorübergehend freigelassen. In der aktuellen Rangliste von Reporter ohne Grenzen (RSF) zur Lage der Presse- und Informationsfreiheit in 180 Ländern belegt Iran Platz 174 (Stand: 2021).

Verhaftungen und Übergriffe in Kurdengebieten

Laut iranischen Auslandsmedien und kurdischen Menschenrechtsorganisationen setzen die Sicherheitskräfte die Vorladungen und Verhaftungen in den Regionen im Westen des Landes anlässlich des Neujahrsfestes Nouruz fort. Betroffen seien zahlreiche Städte und Siedlungen in den Provinzen West Aserbaidschan und Kurdistan. Dabei sei eine unbekannte Anzahl von Personen festgenommen worden. Unter den Verhafteten befänden sich neben Aktivisten und Künstlern auch Kinder und Jugendliche. In einem Park in Sanandaj sollen am 21.03.22 insgesamt 22 Personen verhaftet worden sein. Bereits im Vorfeld sei es in der Region zu Spannungen gekommen. In Oshnavieh (West Aserbaidschan) hätten Spezialeinheiten der Polizei Tränengas und Schrotmunition verwendet, um die Teilnahme vieler Menschen an lokalen Neujahrsfeierlichkeiten zu verhindern. Berichtet wird auch, dass die Sicherheitskräfte Garantierklärungen von vorgeladenen Personen eingeholt hätten, auf kurdische Trachten, Symbole und fröhliche Musik zu verzichten.

In Iran wird Nouruz (dieses Jahr am 20.03.22) aufwendig gefeiert. Die Neujahrsbräuche der Kurden unterscheiden sich jedoch von jenen der Bewohner in Zentraliran. Neben Fackelumzügen werden farbenfrohe Volkstänze veranstaltet, die von den Behörden als Streben nach kultureller kurdischer Autonomie angesehen werden.

Säureangriff auf junge Frau

Iranische Auslandsmedien melden einen Säureangriff auf eine 17-jährige Frau. Zu dem Vorfall sei es in einem Dorf nahe der Stadt Jahrom (Provinz Fars) gekommen. Dabei habe der Ehemann der Frau diese mit einer ätzenden Flüssigkeit übergossen. Der Mann sei daraufhin festgenommen worden. Die örtliche Polizei nannte als Motiv für die Tat familiäre Probleme. Weitere Details des Tathergangs wurden nicht bekannt.

Israel

Insgesamt sechs Tote bei zwei Angriffen in Israel

Ein palästinensischer Israeli tötete bei einem Messerangriff am 22.03.22 vier Personen und verletzte zwei weitere in der Stadt Beersheba, im Süden Israels. Polizeiangaben zufolge wurde er von Anwohnenden erschossen und dadurch gestoppt. Der Angreifer hatte seit 2015 bereits einige Jahre im Gefängnis verbracht, da er angab sich dem sogenannten IS anschließen zu wollen.

Am 27.03.22 töteten zwei palästinensische Israelis in der zentralisraelischen Stadt Hadera zwei Polizisten mit Schusswaffen und verwundeten vier weitere. Sie wurden durch die Polizei gestoppt und erschossen. Am Tag darauf übernahm der sogenannte IS die Verantwortung für die Tat. Hamas im Gazastreifen begrüßte die Taten als „heroisches“ Zeichen des Widerstandes.

Jemen

Luftschläge auf Sanaa und Hodeida

In den frühen Morgenstunden des 26.03.22 führte die Anti-Houthi-Koalition unter der Führung Saudi-Arabiens mehrere Luftangriffe auf Ziele in Sanaa und Hodeida aus. Berichten zufolge wurden dabei eine Ölanlage in Hodeida und ein Gebäude für Wachpersonal der staatlichen Sozialversicherung in Sanaa getroffen. Mindestens sieben Zivilpersonen sollen getötet worden sein, darunter auch Frauen und Kinder. Ein Sprecher der Koalition

bezeichnete die Luftangriffe als Reaktion auf die Drohnenangriffe der Houthis gegen den saudischen Ölkonzern ARAMCO am 25.03.22 in Dschidda.

Bombenanschlag auf hochrangigen Militär

Der Autokonvoi eines Generalmajors der jemenitischen Armee wurde am 23.03.22 getroffen, als an einem parkenden Auto in unmittelbarer Nähe des Konvois eine Bombe explodierte. Der Generalmajor, sein als Offizier tätiger Sohn und mindestens zwei weitere Personen kamen dabei ums Leben. Bisher bekannte sich niemand zu dem Anschlag. In den letzten Jahren waren jedoch vor allem al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel AQAP und der sogenannte IS für derartige Angriffe verantwortlich.

Kolumbien

Jahresbericht IKRK 2021: Anstieg der Gewalt, sechs nicht-internationale bewaffnete Konflikte

Laut des am 23.03.22 veröffentlichten Jahresberichts des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) hat die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung 2021 erheblich zugenommen und die Zahl der von ihren Auswirkungen Betroffenen einen neuen Höchststand seit dem FARC-Friedensabkommen 2016 erreicht. Zahlen dokumentieren eine Zunahme der Massenvertreibung um fast 150 % im Vergleich zu 2020, besonders betroffen waren die Departements Nariño, Chocó, Cauca und Valle del Cauca. Mehr als 480 Personen sind Opfer von Antipersonenminen geworden, fast 170 Fälle von Verschwindenlassen wurden dokumentiert. Das IKRK spricht in diesem Zusammenhang von sechs aktiven innerstaatlichen Konflikten 2021, davon drei zwischen Regierungsakteuren und verschiedenen bewaffneten nichtstaatlichen Gruppierungen (ELN, AGC, FARC-Nachfolgegruppen). Die Konfliktdynamik ist hoch, Einflussgebiete variieren, Zwangsrekrutierungen finden statt.

Totes Kind und elf Verletzte bei Anschlag in Bogotá

Bei einem Sprengstoffanschlag auf eine Polizeistation in Bogotá sind am 26.03.22 mindestens elf Personen verletzt worden, ein Kind erlag seinen Verletzungen, eine Fünfjährige schwebt weiter in Lebensgefahr.

Libanon

Wirtschaftslage

Nach der relativen Stabilisierung des libanesischen Pfundes zum US-Dollar bei etwa 1:20.000 im Januar 2022 sorgen sowohl der Krieg in der Ukraine, als auch komplexe juristische Auseinandersetzungen zwischen der Justiz und einigen zentralen Akteuren des libanesischen Finanzsektors für ein erneutes deutliches Absinken des Kurses auf etwa 1:25.000. Die USA kündigten eine Aufstockung des Hilfsprogramms für den Libanon um ca. 64 Mio. USD an, das weitgehend aus Nahrungsmittellieferungen an das UN Food Programm sowie Gutscheinen zum Kauf von Lebensmitteln auf lokalen Märkten bestehen wird. Die Hilfe ist so dem direkten Zugriff des libanesischen Staates entzogen. Am 22.03.22 wurde zudem bekannt, dass Saudi-Arabien bereits 36 Mio. USD für einen ähnlichen, zusammen mit Frankreich organisierten Hilfsfonds bereitgestellt hat.

Mali

Französische Radio- und Fernsehsender verboten

Die malische Militärregierung hat am 17.03.22 den französischen Sendern Radio France International (RFI) und France 24 ein Sendeverbot erteilt. Davon seien auch die Onlineplattformen der Sender betroffen. Auslöser für diese Entscheidung seien laut malischer Regierung eine am 14.03. und 15.03.22 ausgestrahlte Reportage des Senders RFI, in der sich u.a. mutmaßliche Opfer von Übergriffen der malischen Armee und der russischen Söldnergruppe Wagner geäußert hatten. Die Regierung wirft dem Sender vor, falsche Informationen über angebliche Menschenrechtsvergehen der malischen Armee zu verbreiten. Die beiden Sender hatten sich auf Berichte von Human Rights Watch (HRW) und der UN bezogen, die Tage zuvor veröffentlicht worden waren (siehe Beitrag unten).

Die Mediengruppe zu der die beiden Sender gehören, bedauert das Verbot und prüft mögliche Rechtsmittel gegen diese Entscheidung. Die französische Regierung äußerte sich besorgt und sieht einen schweren Verstoß gegen die Pressefreiheit.

HRW und UN berichten über Tötung von Zivilisten

Laut einem von HRW am 15.03.22 veröffentlichten Bericht, sollen seit Dezember 2021 mindestens 107 Zivilisten in Zentral- und Südwestmali getötet worden sein. 71 der Todesfälle konnte HRW mit den malischen Sicherheitskräften und 36 mit mutmaßlichen Dschihadisten in Verbindung bringen. Zu den Opfern gehören Händler, Dorfvorsteher, religiöse Führer und Kinder. Die meisten Opfer sollen hingerichtet worden sein.

Auch die UN berichtet von einer steigenden Zahl an zivilen Opfern im Jahr 2021. 600 Zivilistinnen und Zivilisten sollen in Mali durch Dschihadisten, bewaffnete Milizen und Streitkräfte getötet worden sein. Im zweiten Halbjahr 2021 soll es zu einem Anstieg von 16 % gekommen sein.

Myanmar

UN sieht Hinweise auf Kriegsverbrechen

Einem Bericht von UN Human Rights vom 15.03.22 zufolge gibt es seit dem Militärputsch am 01.02.21 deutliche Hinweise auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das Militär habe Wohngebiete mit Luftangriffen und schweren Waffen bombardiert und gezielt Zivilpersonen angegriffen. Menschen wurden durch das Militär erschossen, verbrannt, gefoltert, willkürlich verhaftet oder als menschliche Schutzschilde missbraucht. Den Angaben folgend wurden seit dem Putsch mindestens 1.600 Menschen von Sicherheitskräften und mit diesen verbündeten Gruppen umgebracht. Über 12.500 Personen seien festgenommen worden. Mindestens 543 weitere Personen seien wegen ihrer Unterstützung des Militärs getötet worden.

Bei den jüngsten Zusammenstößen und aufgrund der durch das Militär (Tatmadaw) ausgeübten Gewalt, die sich zwischen dem 09.03. und 24.03.22 in den Regionen Magway, Mandalay, Sagaing, Yangon und Tanintharyi sowie den Bundesstaaten Chin, Kayah, Kayin und Shan ereigneten, starben Berichten zufolge mindestens 40 Zivilpersonen und 16 Mitglieder der People's Defence Forces (PDF). Dutzende wurden teils schwer verletzt und zahlreiche Menschen mussten wegen Kampfhandlungen und Angriffen der Tatmadaw aus ihren Heimatorten fliehen. In Yangon und Sagaing wurden mehrere Personen verhaftet. Mehrere hundert Gebäude (Wohnhäuser, Tempel) wurden Medienberichten zufolge durch die Tatmadaw niedergebrannt. Rd. 24 Junta-Soldaten wurden getötet.

Nicaragua

Indigener Aktivist getötet

Am 15.03.22 ist in der abgelegenen Pansunwás Gegend im Gebiet Matumbak der von Folter gezeichnete Leichnam des indigenen Mayangna-Führers Salomón López Smith aufgefunden worden. Laut Angaben der NGO Centro por la Justicia y Derechos Humanos de la Costa Atlántica de Nicaragua (Cejudhcan) sind zwischen 2015 und 2022 mindestens 63 Indigene getötet worden, 28 davon gemäß Daten der NGO Fundación del Río in den Jahren 2020 und 2021. Alle Taten blieben ebenso straflos wie in der Regel die widerrechtliche Landnahme durch illegale Siedler, denen mehrere NGOs Nähe zur sandinistischen Regierungspartei attestieren.

Nigeria

Nordosten: Islamisten rekrutieren Kinder und verlieren Abtrünnige

Nach Erkenntnissen des Institute for Security Studies (ISS) rekrutiert nicht nur die Boko-Haram-Fraktion Jama'atu Ahlis Sunna Lidda'Awati Wal-Jihad (JAS) Minderjährige, sondern auch der Islamic State West Africa Province (ISWAP). Im Januar und Februar 2022 veröffentlichte Videos sollen ISWAP-Trainingslager für Jugendliche zeigen. Während JAS seit jeher Kinder rekrutiert, stellt dies hinsichtlich ISWAP eine neue Entwicklung dar. Bemerkenswert ist, dass Kritik am Umgang mit Kindern und deren Einsatz bei Gewaltakten als mitursächlich für die ISWAP-Abspaltung im Jahr 2016 gilt. Währenddessen haben sich im März 2022 innerhalb

einer Woche 7.000 Mitglieder der beiden islamistischen Gruppierungen an verschiedenen Orten im Nordosten dem nigerianischen Militär ergeben. Dies geht aus Medienberichten hervor, die sich auf offizielle Angaben des nigerianischen Verteidigungshauptquartiers (Defence Headquarters, DHQ) beziehen. Seit September 2021 sollen sich insgesamt 47.975 islamistischen Gruppen zugehörige Personen ergeben haben, die von Regierungsstellen als Terroristen bezeichnet werden bzw. Familienmitglieder dieses Personenkreises sind. Die Regierung wertet diese Entwicklung auch als Erfolg der Militäroperation Hadin Kai. JAS und ISWAP sind vor allem im Nordosten Nigerias für eine Vielzahl terroristischer Gewalttaten verantwortlich. Diese umfassen u.a. Überfälle, Selbstmordanschläge und Entführungen.

Niger State: Sicherheitskräfte töten zahlreiche Bandenmitglieder

Medienberichten zufolge hat ein Team von Sicherheitskräften am 16.03.22 den Angriff einer kriminellen Bande auf eine Polizeistation in der Stadt Bangi, Sitz der Mariga Local Government Area (LGA), im Bundesstaat Niger abgewehrt und dabei zahlreiche Angreifer getötet. Außerdem seien 50 Motorräder konfisziert worden. Das als Joint Security Operatives bezeichnete Team habe aus Sicherheitskräften der nigerianischen Armee, der Polizei und Mitgliedern der regionalen Bürgerwehr Niger State Vigilante Corps bestanden. Einen Tag zuvor war im selben Bundesstaat der Angriff auf eine Polizeistation in der LGA Magama abgewehrt worden (vgl. BN v. 21.03.22).

Attacken gegen Polizeistationen im Südosten

Unbekannte haben am 20.03.22 laut Medienberichten zwei Polizeistationen im Bundesstaat Imo angegriffen und zwei Personen getötet. Infolge der Attacke hätten außerdem Inhaftierte flüchten können. Die Polizei mache die Unabhängigkeitsbewegung Indigenous People of Biafra (IPOB) für die Tat verantwortlich. IPOB-Anhänger bzw. Mitglieder von dessen bewaffnetem Flügel Eastern Security Network (ESN) wurden bereits in der Vergangenheit mit ähnlichen Angriffen in Verbindung gebracht (vgl. BN v. 09.08.21). Diese bestreiten aber jeden Zusammenhang.

100 Tote bei Überfällen auf Dörfer in Nordnigeria

Bewaffnete Banden haben am 20.03. und 25.03.22 bei mehreren Angriffen auf Ortschaften in den Bundesstaaten Zamfara und Kaduna Medienberichten zufolge insgesamt rd. 100 Menschen getötet. Von Unbekannten am 20.03.22 begangene Überfälle im nordwestlichen Bundesstaat Zamfara richteten sich gegen zwei abgelegene Dörfer und kosteten mindestens 16 Personen das Leben. Unter den Todesopfern sollen auch zwei lokale traditionelle Führer sein. Am selben Tag töteten schwer Bewaffnete bei Attacken gegen mehrere Ortschaften im Bundesstaat Kaduna mindestens 34 Personen, darunter zwei Soldaten. Die Angreifer brannten außerdem über 200 Gebäude nieder. Die Regierung des Bundesstaats reagierte mit einer 24-stündigen Ausgangssperre. Am 25.03.22 wurden weitere Überfälle auf Dörfer im selben Bundesstaat gemeldet. Auch unter Berufung auf den Vertreter einer lokalen Bürgerwehr berichteten Medien in diesem Zusammenhang von rd. 50 Toten, Plünderungen und Brandstiftung. In nordwestlichen und nördlich-zentralen Bundesstaaten Nigerias verübten lokale kriminelle Banden zuletzt häufig Gewalttaten wie Entführungen für Lösegeld, Plünderungen und Morde. Bandengewalt in Nigeria hat ihren historischen Ursprung in zwischen Bauern und Viehhirten vornehmlich im Nordwesten ausgetragenen Landkonflikten. Seit dem 05.01.22 bewertet die Regierung Nigerias entsprechende Aktivitäten als Terrorakte (vgl. BN v. 10.01.22). Da die Täter in der Regel Motorräder benutzen, um an die Zielorte ihrer Überfälle zu gelangen und von dort zu fliehen, haben die Bundesstaaten Kebbi, Katsina, Sokoto und Zamfara laut Medienberichten Fahrverbote für Motorräder (bike bans) erlassen.

Senegal

Casamance: Acht Stützpunkte zerstört und mehrere Rebellen getötet

Bei den anhaltenden Kämpfen in der Casamance haben die senegalesischen Streitkräfte am 22.03.22 die Rebellenbasen Bakingaye, Djilanfalé, Guikess, Katama, Katinoro, Karounor, Tampindo/Kanfounda und Younor vollständig zerstört oder besetzt, heißt es in einer Erklärung der Direktion für Information und Öffentlichkeitsarbeit der Streitkräfte (Directeur de l'information et des relations publiques des Armées sénégalaises, DIRPA). Danach wurden bei der Operation mehrere Rebellen getötet. Die senegalesischen Streitkräfte beklagen einen Toten und acht Verwundete.

Somalia

Mehrere Anschläge von al-Shabaab

Die Abgeordnete Amina Mohamed Abdi wurde am 23.03.22 bei einem gezielten Bombenanschlag in Beledweyne (Region Hiraan) getötet. Bei der Evakuierung der Verwundeten gab es einen weiteren Selbstmordanschlag am selben Ort. Offiziellen Angaben zufolge starben mindestens 48 Menschen, darunter der ehemalige Abgeordnete Hassan Ali Abdi Dhuhul, weitere in der Politik tätige Personen, Zivilpersonen und Sicherheitskräfte, mindestens 110 weitere wurden verletzt. Premierminister Mohamed Hussein Roble fordert die Sicherheitsbehörden auf, den Angriff gründlich zu untersuchen. Einige Stunden vor dem Anschlag in Beledweyne griffen zwei Bewaffnete den internationalen Flughafen von Mogadischu an und lieferten sich Gefechte mit den Sicherheitskräften. Dabei wurden mindestens acht Menschen getötet, darunter auch ein Soldat der Friedensmission der Afrikanischen Union (AMISOM). Der Flughafen beherbergt das AMISOM-Hauptquartier und den Sitz einiger ausländischer Diplomattinnen und Diplomaten. Al-Shabaab bekannte sich zu beiden Anschlägen.

Notstand wegen Dürre, UN warnt vor Hungernot

UN-Angaben zufolge herrscht in Somalia die schwerste Dürre seit mehr als drei Jahrzehnten. Schätzungen zufolge seien in diesem Jahr etwa 7,7 Mio. Menschen, also mehr als die Hälfte der Bevölkerung, von schwerem Hunger oder einer Hungersnot bedroht. In der an Kenia grenzenden Region Gedo wurden bereits 25 Todesfälle in Zusammenhang mit Nahrungsmittel- und Wasserknappheit gemeldet. Seit Oktober 2021 seien mehr als 700.000 Menschen vertrieben worden. Mit weiteren Vertreibungen sei zu rechnen. Die Regierung hat bereits den Notstand ausgerufen.

Annahme eines Übergangsplan für die Phase nach dem AMISOM-Ende

Am 21.03.2022 wurde der Somalia Transitional Plan (STP) angenommen. Dieser sieht die Ersetzung von der AMISOM durch eine neue Mission, die Transitional African Union Mission in Somalia (ATMIS) vor und soll eine Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die nationalen Sicherheitskräfte bis Ende 2024 ebnen. Die STP ist ein wichtiger Schritt, bevor der UN-Sicherheitsrat das neue Mandat für ATMIS genehmigt. Das Mandat für AMISOM soll zum 31.03.22 auslaufen.

Sri Lanka

Umstrittenes Terrorismusgesetz geändert

Am 22.03.22 beschloss das sri-lankische Parlament die zuvor seitens der Regierung eingebrachten Änderungen des umstrittenen Prevention of Terrorism Act (PTA). Menschenrechtsorganisationen, die UN und die EU kritisieren das Gesetz seit Langem (vgl. BN v. 28.06.21). Auch mit den verabschiedeten Änderungen bleibe der missbräuchliche Rahmen des PTA weiter intakt, so Menschenrechtsorganisationen (vgl. BN v. 01.02.22).

Sudan

Anhaltende Demonstrationen

Am 21.03.22 verhängte das Finanzministerium der USA Sanktionen gegen die sudanesische Central Reserve Police (CRP) und fror alle Vermögenswerte der CRP in den USA ein. Das Finanzministerium begründete diesen Schritt damit, dass die CRP exzessive, auch tödliche Gewalt gegen Aktivistinnen und Aktivisten sowie Demonstrierende angewendet habe.

Am 22.03. und 23.03.22 blockierten Demonstrierende durch Barrikaden aus brennenden Reifen und Steinen errichteten Mauern wichtige Straßen der drei größten Städte des Bundesstaates Karthum. Die Organisatoren riefen zuvor zu einer „revolutionären Eskalation“ und dem „Tag der Barrikaden“ auf. In der Folge wurden in den betroffenen Städten der regionale sowie der Reiseverkehr an beiden Tagen nahezu vollständig blockiert.

Am 24.03.22 kam es landesweit zu Demonstrationen gegen die Machtübernahme durch das Militär, wobei durch den Einsatz von scharfer Munition ein Demonstrant von den Sicherheitskräften getötet wurde. Es wurden zudem mehrere Personen verletzt. Damit wurden bisher seit der Machtübernahme im Oktober 2021 90 Menschen während Demonstrationen durch Sicherheitskräfte getötet.

Südsudan

Sicherheitslage

In der vergangenen Woche kam es Berichten zufolge zu Kämpfen zwischen Einheiten der Regierung, welche dem Präsidenten Salva Kiir unterstehen, und Kräften der SPLM/A-IO, die vom ersten Vizepräsidenten Riek Machar angeführt werden. Beide Seiten weisen sich gegenseitig die Schuld für den Ausbruch der Kämpfe zu. Im Zuge dieser jüngsten Auseinandersetzungen setzte die SPLM/A-IO ihre Teilnahme an Sitzungen mehrerer Sicherheitsmechanismen und Gremien aus, die einen wichtigen Bestandteil des Friedensabkommens aus dem Jahr 2018 darstellen. Aufgrund der fortschreitenden Verschärfung der Lage äußerte am 23.03.22 die sogenannte Troika – bestehend aus den USA, Großbritannien und Norwegen – ihre Sorge über das Fortbestehen der Einheit der Regierung und forderte ein uneingeschränktes Engagement aller beteiligten Parteien, um die noch ausstehenden Vorhaben rechtzeitig umzusetzen. In weniger als einem Jahr endet die Übergangszeit und damit auch die Verantwortung der aktuellen Übergangsregierung.

Syrien

Ende eines Treffens des Verfassungskomitees

Am 25.03.22 endete in Genf ein erneutes Treffen des durch die UN initiierten Verfassungskomitees, bestehend aus Vertretungen der Regierung, der Opposition sowie der Zivilgesellschaft. Es konnten Medienberichten zufolge nach den fünftägigen Verhandlungen keine wesentlichen Fortschritte erzielt werden.

Das Treffen endete ohne Stellungnahmen der partizipierenden Parteien, eine Pressekonferenz der UN wurde abgesagt. Der UN-Sondergesandte für Syrien, Geir Pedersen, rief vor dem UN-Sicherheitsrat alle Beteiligten zur Ernsthaftigkeit und Kompromissbereitschaft auf, um den Prozess voranzutreiben.

Herausfordernde Entwicklungen der Lebensmittelpreise und -verfügbarkeit

Medienberichten zufolge verursachen Preissteigerungen in der Lebensmittelbranche, u.a. verursacht durch den Ukrainekrieg und damit verbundenen Lieferausfällen, eine ansteigende Lebensmittelunsicherheit in der syrischen Bevölkerung. 90 % der Syrerinnen und Syrer lebten bereits zuvor unterhalb der Armutsgrenze. Über 12 Mio. Personen, mehr als die Hälfte der Bevölkerung, befand sich Schätzungen zufolge bereits zuvor in Lebensmittelunsicherheit. Bereits im Februar 2022 ging der UN-Sicherheitsrat davon aus, dass mehr als 14,6 Mio. Personen in Syrien im Jahr 2022 von Hilfsprogrammen abhängig sein würden.

Türkei

Polizeigewalt gegen mutmaßliche Mitglieder der Furkan-Bewegung

Am 21.03.22 wurde berichtet, dass Videoaufnahmen von übermäßiger Gewaltanwendung der Polizei gegen mutmaßliche Mitglieder der Furkan-Bewegung, die für ihre regierungskritische Haltung bekannt ist, in den sozialen Medien Empörung ausgelöst haben. Der Vorfall ereignete sich am 20.03.22, als mutmaßliche Mitglieder der in Istanbul ansässigen Furkan-Bewegung eine Demonstration gegen die Verhaftung von Mitgliedern der Gruppe in der südlichen Provinz Adana abhielten. Die von der Furkan-Bewegung veröffentlichten Aufnahmen zeigen das Eingreifen der Polizei, die mit unverhältnismäßiger Gewalt und unter Verwendung von Schlagstöcken, Gummigeschossen und Pfefferspray gegen die Demonstrierenden, unter denen sich auch Kinder befinden, vorgeht.

Urteil des Verfassungsgerichtshofs im Fall der Abgeordneten Semra Güzel

Am 22.03.22 wies der Verfassungsgerichtshof den Antrag der HDP-Abgeordneten Semra Güzel ab, die Aufhebung ihrer parlamentarischen Immunität wegen Terrorvorwürfen rückgängig zu machen. Das türkische Parlament stimmte am 01.03.22 für die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten. Güzel wurde wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung in zwei Fällen angeklagt, nachdem Anfang Januar 2022 eine Reihe von Fotos in den Medien erschienen waren, auf denen die Abgeordnete mit einem Mitglied der PKK mutmaßlich in einem Lager der Gruppe posierte (vgl. BN v. 07.03.22).

Wahlgesetzentwurf von parlamentarischer Kommission angenommen

Am 24.03.22 wurde der Entwurf der AKP-MHP-Allianz zur Änderung des Wahlgesetzes von der parlamentarischen Kommission angenommen. Der aus 15 Artikeln bestehende Entwurf wurde dem Parlament mit der gemeinsamen Unterschrift der AKP- und MHP-Führung vorgelegt. Die Wahlrechtsreform sieht u.a. eine Senkung der Sperrklausel für das Parlament auf 7 % vor. Die derzeitige 10 %-Hürde wurde mit der Verfassung von 1982 eingeführt, die nach dem Militärputsch von 1980 in einem Referendum angenommen wurde. Der Entwurf sieht zudem die Abschaffung der Bedingung vor, dass politische Parteien parlamentarische Fraktionen gründen müssen, um bei den Wahlen kandidieren zu können und verlangt stattdessen, dass Parteien sich sechs Monate vor der Wahl in 41 Provinzen organisiert haben müssen. Zusätzlich sieht der Vorschlag vor, den Wechsel des Wohnsitzes vor den Wahlen einzuschränken, um bei den Kommunalwahlen die Stimme für Verwandte, die kandidieren, abgeben zu können. Durch diese Maßnahme soll eine „Wahlmigration“ verhindert werden. Als Wohnsitz soll die Adresse der Wählenden im letzten Jahr gelten.

Tunesien

Demonstration für Pressefreiheit

Dutzende tunesische Journalistinnen und Journalisten protestierten am 25.03.22 vor der National Union of Tunisian Journalists (SNJT), um Pressefreiheit und die Freilassung eines Reporters zu fordern, der festgenommen worden war, nachdem er sich geweigert hatte, den Behörden seine Quellen zu nennen. Am Abend des gleichen Tages erfolgte die Freilassung.

Demonstrierende beschuldigen seit der Suspendierung des Parlaments und der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Staatspräsidenten Saied am 25.07.21 (vgl. BN v. 26.07.21) die Behörden, hart gegen die Medien vorzugehen. Die SNJT kündigte Streiks der staatlichen Medien an.

Ukraine / Russische Föderation

Russische Militärintervention

Auch in der fünften Woche hält das Kriegsgeschehen in der Ukraine aufgrund der russischen Militärintervention weiter an. Laut UNHCR sind bis zum 26.03.22 über 3,8 Mio. Menschen aus der Ukraine geflohen; UN-Angaben vom 27.03.22 zufolge wurden bislang mindestens 1.119 Zivilpersonen getötet und 1.790 verletzt. Laut WHO verschlechtert sich die medizinische Versorgungslage insbesondere in der Ostukraine zunehmend; seit Kriegsbeginn wurden landesweit 72 Angriffe auf medizinische Einrichtungen mit mindestens 71 Todesopfern durch die WHO verifiziert. Am Abend des 27.03.22 kam es laut verschiedenen Medienberichten zu schweren Explosionen durch russische Luftangriffe u.a. in den Städten Kiew, Charkiw, Mariupol, Luzk sowie nahe Krywyj Rih und im umkämpften Gebiet Luhansk.

In der seit Wochen von russischen Streitkräften eingeschlossenen Stadt Mariupol ist die Lage nach Angaben des dortigen Bürgermeisters weiterhin kritisch, rd. 80 % der Wohnungen seien zerstört. Die Hälfte der Zivilbevölkerung habe inzwischen die Stadt verlassen; zudem gebe es Berichte, dass Zivilpersonen durch russische Streitkräfte in die Russische Föderation verschleppt worden seien. Über die Zahl der Todesopfer und Verletzten in Mariupol besteht Unklarheit.

Die ebenfalls militärisch umstellte Stadt Tschernihiw ist Medienberichten zufolge von der Versorgung mit Strom, Wasser und Heizungswärme abgeschnitten. Die Stadtverwaltung in Kiew teilte mit, dass die Heizperiode in der Hauptstadt am 28.03.22 vorzeitig beendet werden soll, die Infrastruktur jedoch trotz des Kriegsgeschehens funktioniere. Aus der Stadt Saporischschja wurde am 27.03.22 gemeldet, dass mehr als 46.500 geflüchtete Zivilpersonen in den vergangenen zwölf Tagen angekommen seien und mit notwendiger Hilfe versorgt werden.

Weitere Versuche russischer Streitkräfte zur militärischen Einkreisung der Großstädte Kiew und Charkiw waren bislang laut Medienberichten nicht erfolgreich, die ukrainische Armee konnte laut eigenen Angaben begrenzte Gegenoffensiven in beiden Gebieten durchführen. Aus dem von russischen Streitkräften besetzten Gebiet Cherson werden weiterhin Proteste der Zivilbevölkerung und Fälle von Entführungen amtstragender Personen gemeldet. Die selbsternannte Volksrepublik Luhansk in der Ostukraine gab am 27.03.22 bekannt, dass sie ein Referendum über einen Beitritt in die Russische Föderation in naher Zukunft plane.

Weitere Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien sind laut Agenturangaben unter Vermittlung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan für diese Woche in der Türkei vorgesehen. Präsident Selenskyj bekräftigte in einem Interview am 27.03.22 die Bereitschaft, einen möglichen Neutralitätsstatus als eine der russischen Kernforderungen prüfen zu wollen, eine endgültige Entscheidung könne jedoch erst im Anschluss eines abzuhaltenden Referendums in der Ukraine getroffen werden.

Venezuela

Stromausfälle in westlichen Bundesstaaten verstärken sich

Im Rahmen eines Stromrationierungsplans (Plan de Administración de Carga) wird in den westlichen Bundesstaaten täglich für bestimmte Zeit der Strom abgeschaltet. Jedoch überschreiten die tatsächlichen die offiziell angekündigten Ausfälle Medienberichten zufolge seit einigen Tagen teils erheblich, in den sozialen Medien berichten Menschen in Táchira, Mérida, Trujillo, Zulia und Lara von bis zu zwölf Stunden täglich ohne Strom.

Bericht CASLA Institut: Verbrechen gegen die Menschlichkeit 2021

Am 11.03.22 hat das CASLA Institut in Prag, eine NGO für Lateinamerika Studien, seinen Bericht „Licence to kill“ vorgestellt, welcher auf Zeugenberichten von Opfern sowie aktiven und im Exil lebenden Geheimdienstbeamten basiert, und dem IStGH vorgelegt worden ist. Der Bericht spricht von mindestens 55 Betroffenen, darunter 32 Zivilpersonen und 23 Militärangehörige, die im Jahr 2021 „Opfer von willkürlicher Inhaftierung, zeitweiligem gewaltsamen Verschwindenlassen, physischer oder psychischer Folter, grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung sowie von Akten systematischer Repression aus politischen Gründen durch den venezolanischen Staat“ geworden sind. Dies geschehe unter Kenntnis und Billigung der obersten militärischen und zivilen Führung. Der Bericht schildert zudem die Anwendung diverser neuer Foltermethoden sowie die „Schulung“ durch kubanische Militärangehörige zur Umsetzung von Repressions-, Verhör- und Foltermethoden bis hin zu deren direkter Involvierung. CASLA geht zudem von einer hohen Dunkelziffer weiterer Fälle aus.

Vier indigene Yanomami im Bundesstaat Amazonas getötet

Bei Auseinandersetzungen zwischen indigenen Yanomami und Angehörigen des Militärs im Gebiet Alto Orinoco des Bundesstaats Amazonas sind Berichten der NGO Provea zufolge am 20.03.22 mindestens vier Indigene getötet sowie drei weitere verletzt worden. Die Generalstaatsanwaltschaft hat eine Untersuchung angekündigt.

Vietnam

Journalist zu mehrjähriger Haftstrafe verurteilt

Der freie Journalist Le Van Dung (auch: Le Dung Vova) wurde am 23.03.22 zu einer Haftstrafe von fünf Jahren und weiteren fünf Jahren auf Bewährung wegen „Propaganda gegen den Staat“ (Art. 88, Strafgesetzbuch 1999) verurteilt. Er setzte sich in der Vergangenheit u.a. für Umwelt-, Landrechtsfragen und Menschenrechte ein, war als Blogger aktiv und nahm an zahlreichen Demonstrationen u.a. gegen das Vorgehen Chinas im Südchinesischen Meer teil. Er stellte sich als unabhängiger Kandidat für die Wahlen zur Nationalversammlung im Mai 2021 auf, wurde jedoch seitens der Behörden nicht zugelassen. Er wurde am 30.06.21 verhaftet (vgl. BN. v. 05.07.21).

Zentralafrikanische Republik

„Dialog der Republik“ ohne konkrete Ergebnisse

Vom 21.03. bis 27.03.22 fand im Gebäude des Parlaments der schon lange von Staatspräsident Faustin-Archange Touadéra angekündigte, aber schließlich sehr kurzfristig anberaumte „Dialog der Republik“ mit dem Ziel der nationalen Aussöhnung (vgl. BN v. 11.10.21 u. 14.02.22) statt. Eingeladen waren Vertretende von Regierung, Opposition und Zivilgesellschaft. Die wichtige Oppositionskoalition COD2020 verkündete jedoch einen Tag vor Beginn ihren Boykott des Dialogs. Sie begründete dies mit der fehlenden Einladung auch von Rebellengruppen, der vagen Tagesordnung und Zielsetzung sowie damit, dass die Nachwahlkrise nach den Wahlen vom 27.12.20

einschließlich der umstrittenen Wiederwahl von Touadéra nicht Gegenstand der Gespräche sein würden. Teile der Opposition scherten allerdings aus dem Boykott aus, was zu Spaltungen innerhalb dieser führte. Für Unmut auch unter Vertretenden der Zivilgesellschaft sorgte ein eingebrachter Vorschlag einer Verfassungsrevision. Eine solche würde Touadéra mutmaßlich ermöglichen, erneut für das Amt des Staatspräsidenten zu kandidieren. Der Vorschlag wurde schließlich zurückgezogen. Der „Dialog der Republik“, endete laut Medienberichten auch ohne sonstige konkrete Ergebnisse. Ziel war u.a. gewesen, eine Roadmap („feuille de route“) zur besseren Integration von Opposition und Zivilgesellschaft in die Regierungsarbeit zu verabschieden. Expertinnen und Experten zufolge sei die Durchführung des Dialogs in erster Linie angesichts von entsprechenden Forderungen der internationalen Gemeinschaft erfolgt, die ihn auch finanzierte.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de